

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. h.c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, Michael Theurer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Christian Dürr, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Alexander Müller, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Dr. Hermann Otto Solms, Benjamin Strasser, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Forschungsfertigung Batteriezelle – Bundesministerium für Bildung und Forschung muss Klarheit schaffen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach der Kritik des Bundesrechnungshofes (BRH) an der Vergabe einer Förderung in Höhe von rund 500 Millionen Euro für die Forschungsfertigung Batteriezelle an dem Standort Münster/Ibbenbüren kritisiert der gesamte Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages das Verfahren der Standortsuche. Dies geschah am 16. September 2020 auf Antrag der Arbeitsgruppen Haushalt der Fraktionen der CDU/CSU und SPD.

Der BRH hatte schon Anfang September 2020 einen Bericht vorgelegt, der die Handhabung des Standortwettbewerbs für die Forschungsfertigung Batteriezelle durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) scharf kritisiert. Dem Bericht zufolge sei an vielen Stellen des Verfahrens der Eindruck entstanden, dass es eine Fokussierung auf den Standort Münster gegeben hätte. Münster ist der Nachbarwahlkreis der Bundesministerin für Bildung und Forschung. Auch kritisierte der BRH eine Vielzahl von Verfahrensmängeln und eine unvollständige Aktenführung.

Die Fraktion der FDP hatte die Bundesregierung bereits als erste Fraktion im Deutschen Bundestag in einer Kleinen Anfrage im Juli 2019 zu den Umständen der umstrittenen Standortfindung befragt (Antwort der Bundesregierung auf Drs. 19/12698).

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag
1. darzulegen, welche politische Verantwortung für das kritisierte Verfahren die zuständige Bundesministerin übernimmt;
  2. darzulegen, ob sie entsprechende disziplinarische Maßnahmen gegen den damaligen für das Verfahren verantwortlichen Abteilungsleiter im BMBF in die Wege leitet, und wenn ja, welche, und wenn nicht, dies zu begründen;
  3. offenzulegen, nach welchen Entscheidungskriterien hohe Fördergelder an die unterlegenen Mitbieter im Nachgang des Ausschreibungsverfahrens gehen sollen;
  4. darzulegen, warum sich die Bundesregierung gegen eine Rückgängigmachung des Vergabeverfahrens entschieden hat und warum eine Neuausschreibung nicht erfolgt;
  5. darzulegen, was das Bundesministerium zu tun gedenkt, um in Zukunft die Glaubwürdigkeit der Entscheidungsprozesse in Vergabeverfahren zu kontrollieren und für die Öffentlichkeit transparent zu machen.

Berlin, den 28. September 2020

**Christian Lindner und Fraktion**